

OFFENER BRIEF

Amstetten, 14. Juni 2018

(ergeht an Presse und politisch Verantwortliche – siehe Liste unten)

Bundesregierung kürzt Geld für Familienberatung drastisch:

Ihr Engagement ist gefragt!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir wenden uns an Sie nach vielen Monaten des Bangens, der vergeblichen Briefe und Telefonate. Seit Beginn des Jahres werden wir vom Familienministerium (Bundeskanzleramt) ignoriert oder bestenfalls getröstet. **Wir sehen keinen anderen Weg mehr, als uns an die Öffentlichkeit zu wenden** und Ihnen unsere schwierige finanzielle und organisatorische Situation zu schildern.

Familienberatungsstellen sind gesetzlich seit 1974 im Familienberatungsförderungsgesetz verankert und haben mehrjährige Verträge mit dem Familienministerium. Sie betreuen jährlich österreichweit 230.000 Kinder, Jugendliche, Frauen, Männer, Paare und Familien in schwierigen Lebenssituationen. Die häufigsten Themen in der Beratung sind Familien- und Paarkonflikte, Trennungen, häusliche oder sexuelle Gewalt, schulische Probleme, Mobbing, Arbeitslosigkeit, persönliche Krisen, Behinderung, Migration, Sucht, Diskriminierungen und Armut. Auch viele Frauenberatungsstellen, die ergänzend zu ihrem Angebot auch Familien beraten, sind von diesen Kürzungen betroffen.

Wir sind für Menschen da, die mit schweren Krisen in ihrem Leben umgehen lernen müssen oder helfen dabei, dass diese Krisen erst gar nicht entstehen. Diese verantwortungsvolle und für die Gesellschaft enorm wichtige Aufgabe können wir nur bei entsprechender Unterstützung seitens der öffentlichen Hand wahrnehmen. Seit Jahresbeginn steht eine Kürzung der Fördergelder um fünf Prozent im Raum, konkret um eine Million Euro auf 12 Millionen Euro jährlich für alle Familienberatungsstellen. **Das mag für das Budget eines Ministeriums keine hohe Summe sein. Für uns und die Menschen, die zu uns kommen, ist sie aber existenziell.**

Seit Monaten versuchen die Vertreterinnen und Vertreter des Dachverbandes der Familienberatungsstellen immer wieder, mit den politisch Verantwortlichen ins Gespräch zu kommen, um Klarheit zu schaffen. Ohne Erfolg. Offenbar findet das bei Ministerin Juliane Bogner-Strauß keinerlei Gehör. Wir wissen nicht, wann wir wie viel Geld bekommen, wir können unser Personal und damit auch unser Angebot nicht planen. Ganz konkret wurde der Frauen-, Mädchen- und Familienberatungsstelle „Frauenberatung Mostviertel“ in Amstetten für das erste Halbjahr um

13,3 % weniger Geld als 2017 überwiesen. Sollte es bei dieser Kürzung bleiben, würde das bedeuten, dass um 120 Klientinnen und Klienten pro Jahr weniger beraten werden könnten. 120 Schicksale von Frauen, Familien und Kindern stehen alleine im Rahmen unserer Tätigkeit in Amstetten auf dem Spiel. Wohin sollen sie sich diese Menschen in Zukunft wenden?

Wir fordern daher:

*** Die Zurücknahme der drohenden Kürzungen**

*** Sofortige Klarheit über die Förderhöhe für jede Familienberatungsstelle**

Und an Sie, die Adressatinnen und Adressaten dieses Briefes, appellieren wir: **Bitte setzen Sie sich im Rahmen Ihrer politischen Tätigkeit dafür ein, dass wir Familien in ganz Österreich weiter helfen können.** Es ist eine Investition in Sicherheit, Gesundheit und Lebensqualität, die sich für die Betroffenen, aber auch für uns als Gesellschaft hundertfach rentiert.

Sonja Mille, Christa Ressler und Mag.^a Nicole Zainzinger-Jandl

Frauenberatung Mostviertel

Frauen-, Mädchen- und Familienberatungsstelle in Amstetten

Ergeht an:

- Dr. Alexander Van der Bellen, Bundespräsident
- Sebastian Kurz, Bundeskanzler
- Heinz-Christian Strache, Vizekanzler
- Mag. Dieter Kandlhofer, Generalsekretär im BKA
- Hartwig Löger, Bundesminister für Finanzen
- MMag. DDr. Hubert Fuchs, Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen
- Dr.ⁱⁿ Juliane Bogner-Strauß, Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend
- Bernadett Humer, MSc, Kabinettschefin BKA
- Mag.^a Beate Hartinger-Klein, Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz
- Mag.^a Helena Guggenbichler, Generalsekretärin im Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz
- Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung
- Herbert Kickl, Bundesminister für Inneres
- Mag.^a Karoline Edtstadler, Staatssekretärin im Bundesministerium für Inneres
- Dr.ⁱⁿ Karin Kneissl, Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres
- Mag. Dr. Johannes Peterlik, Generalsekretär im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
- Dr. Josef Moser, Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz
- Mag. Christian Pilnacek, Generalsekretär im Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz
- August Wöginger, Klubobmann ÖVP und NR

- Norbert Sieber, NR
- Mag. Christian Kern, Klubobmann SPÖ und NR
- Birgit Silvia Sandler, NR
- Gabriele Heinisch-Hosek, NR
- Eva Maria Holzleitner BSc, NR
- Mag. Andreas Schieder, NR
- Dr. Walter Rosenkranz, Klubobmann FPÖ und NR
- Edith Mühlberghuber, NR
- Ricarda Berger, NR
- Mag. Dr. Matthias Strolz, Klubobmann NEOS und NR
- Michael Bernhard, NR
- Claudia Gamon MSc (WU), NR
- Douglas Hoyos-Trauttmansdorff, NR
- Dr.ⁱⁿ Irmgard Griss, Stv. Klubofrau Neos und NR
- Mag. Bruno Rossmann, Klubobmann der Liste Pilz und NR
- Daniela Holzinger-Vogtenhuber BA, NR
- Reinhard Todt, Präsident des Bundesrates
- Dr. Magnus Brunner, Vizepräsident des Bundesrates
- Ewald Lindinger, Vizepräsident des Bundesrates
- René Pfister, Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates
- Ferdinand Tiefnig, Ausschuss für Familie und Jugend des Bundesrates
- Inge Posch-Gruska, Kinderrechtsausschuss des Bundesrates
- Ewa Dziedzic, Bundesrätin
- Dorothea Schittenhelm, Bundesleiterin der ÖVP Frauen

- Mag.^a Johanna Mikl-Leitner, Landeshauptfrau NÖ
- Ulrike Königsberger-Ludwig, NÖ Landesrätin für Gesundheit, Soziale Verwaltung und Gleichstellung
- Mag.^a Christiane Teschl-Hofmeister; NÖ Landesrätin für Bildung, Familien und Soziales

- Ursula Puchebner, Bürgermeisterin, Amstetten
- Mag. Gerhard Riegler, Stadtrat f. Soziales, Amstetten
- Christine Dünwald, Bürgermeisterin, Scheibbs
- Johannes Hofmarcher, Stadtrat f. Soziales, Scheibbs